

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/46

8. März 1977

Politik für Frauen geht weiter

Der lange Weg zur Gleichstellung der Frau wird
fortgesetzt

Von Elfriede Eilers MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik in der
SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 bis 3 / 103 Zeilen

Volkstümlichkeit des Sports gefährdet

Geistig-moralische Gegenoffensive erforderlich

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB
Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 4 und 5 / 54 Zeilen

Genkombination schafft rechtliche Probleme

Einheitliche Sicherheitsvorkehrungen gegen Manipula-
tions-Gefahr notwendig

Von Erwin Stahl MdB
Obmann für Forschung und Technologie in der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 6 / 44 Zeilen

Chefredaktion: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 88:38
Telefax: 06 96 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Politik für Frauen geht weiter

Der lange Weg zur Gleichstellung der Frau wird fortgesetzt

Von Elfriede Eilers MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik in der
SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Präsidiums

Ein bemerkenswerter Teil der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt war speziell an die Adresse von Frauen gerichtet, die ausführliche Frauenpassage, die je in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abgegeben worden ist. Damit hat der sozialdemokratische Bundeskanzler zugleich die Bedeutung unterstrichen, welche die Frauenpolitik in den nächsten Jahren einnehmen wird. Feststellungen, wie "die Politik für Frauen werde in den nächsten Jahren 'klein' geschrieben", bleiben denn auch allein dem Publikationsorgan der CDU-Frauenvereinigung vorbehalten.

Sicherlich muß nüchtern festgestellt werden, daß der Handlungsspielraum für frauenpolitische Maßnahmen in den kommenden Jahren begrenzt sein wird. Die Politik für Frauen ist vielmehr Teil der Gesamtpolitik der Bundesregierung und hat sich in jenen Rahmen einzufügen, der von den ökonomischen Bedingungen gesetzt wird. Dies gilt umso mehr, als fast alle Maßnahmen, die die Situation von Frauen nachhaltig verbessern können, besonders kostenaufwendig sind, angefangen von sozialen Infrastruktureinrichtungen bis hin zu Regelungen, die die eigenständige soziale Sicherung der Frau betreffen.

Mit anderen Worten: Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird Prioritäten setzen, die sich danach ausrichten, ob eine Maßnahme nach dem derzeitigen Erkenntnisstand finanzier- und damit realisierbar erscheint. In einem solchen Katalog ist freilich kein Raum gegeben für die "überzeugenden Ideen" der Vorsitzenden der CDU-Frauenvereinigung, Dr. Helga Wex. Ich möchte hier nur das Stichwort Erziehungsgehalt anführen, das die CDU/CSU noch während des Bundestagswahlkampfes propagierte, obwohl die Oppositionsfraktion selbst schon vor über einem Jahr ihren Gesetzesantrag im federführenden Bundestagsausschuß zurückgezogen hat. Auch in den Ausführungen Dr. Kohls zur Regierungserklärung sucht man dieses politische Lieblingskind der Kollegin Wex vergebens, was diese im Übrigen nicht daran hindert, im Pressedienst ihrer Partei wie auch auf der Bundesdelegiertenversamm-

lung der CDU-Frauenvereinigung - nunmehr mit arbeitsmarktpolitischen Aspekten verbrämt - eine Lanze für das Erziehungsgeld zu brechen. So einfach ist das nach CDU-Lesart: Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, werden die berufstätigen Mütter mit einem Erziehungsgeld nach Hause geschickt.

Ohne hier das Recht der Frauen auf Arbeit vom Grundsatz her diskutieren zu wollen, sei nur auf die Kosten hingewiesen: Empirische Untersuchungen haben inzwischen die gravierenden Mängel des CDU/CSU-Gesetzesentwurfs bestätigt. Damit sich Mütter zugunsten ihrer Kinder entscheiden können, wenn sie zwischen familiären oder eine Kombination zwischen beruflichen und familiären Pflichten zu wählen haben, bedarf es eines Erziehungsgeldes in Höhe von 500 bis 650 DM monatlich zuzüglich der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung. Die von der Opposition dagegen vorgesehenen 300 DM monatlich wären nur als Taschengeld jenen Frauen zugute gekommen, die es sich ohnehin finanziell hätten erlauben können, zu Hause zu bleiben. Anzumerken bleibt, daß die Opposition auch für dieses "Mini-Erziehungsgeld" noch nicht einmal den zu erwartenden Kostenaufwand schätzen, geschweige denn einen Finanzierungsvorschlag unterbreiten konnte.

Unter bestimmten Bedingungen kann dagegen die Anhebung des Kindergeldes vom zweiten Kind an realisiert werden, wie dies Bundeskanzler Schmidt angekündigt hat. Wenn die Opposition heute darauf hinweist, eine solche Kindergeldanhebung würde teilweise von der Mehrwertsteuererhöhung aufgezehrt, bleibt aber zu fragen, wie sie sich dann die Finanzierung eines zusätzlichen Kindergeldes vorstellt. Erinnerung sei an die von der CDU/CSU in den 50er Jahren durchgesetzte Finanzierung des Kindergeldes aus Beiträgen der Arbeitgeber. Es waren Sozialdemokraten, die über zehn Jahre hinweg auf die unbilligen Härten hingewiesen haben, die diese Mittelaufbringung für Selbständige, vor allem in den lohnintensiven Wirtschaftsbereichen mit sich brachten. Es kann daher nur eine Finanzierung des Kindergeldes aus Steuermitteln geben.

Eine weitere vorgesehene Maßnahme soll einer Minderheit von Familien zugute kommen: Es geht um die alleinstehenden Mütter und Väter mit unterhaltberechtigten Kindern. Diese Gruppe weiß, wie wichtig es für eine geordnete Kindererziehung ist, ausbleibende Unterhaltszahlungen nicht selbst einklagen zu müssen. Wir werden daher die Unterhaltszahlungen für minderjährige Kinder öffentlich absichern. Diese Maßnahme schließt konsequent an die in der 7. Legislaturperiode erfolgte Dynamisierung der Unterhalte-

renten für Kinder von geschiedenen und getrenntlebenden Eltern an.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird sich noch eines weiteren Minderheitenproblems annehmen: Es geht um die in der Bundesrepublik lebenden deutschen Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind. Das für sie geltende deutsche internationale Privatrecht führt in Konfliktfällen dazu, daß ein mit unseren gesellschaftlichen Verhältnissen nicht Übereinstimmendes ausländisches Ehe- und Familienrecht zu völlig unverständlichen Regelungen führt. Ich weise hier insbesondere auf das Eherecht sowie das Sorgerecht hin.

Wenn Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung feststellte, Haus- und Berufsarbeit seien gleichwertig, dann hat er auf jenes Grundprinzip der partnerschaftlichen Ehe hingewiesen, das am 1. Juli 1977 Gesetzeskraft erlangen wird. Dies sei der CDU-Kollegin, Frau Wex, ins politische Stammbuch geschrieben. Sie glaubt nämlich, daß "die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung offensichtlich erst auf Grund des Wahlergebnisses vom Oktober 1976" zu dieser Erkenntnis gelangt sei. Mit dem von Sozialdemokraten und Freien Demokraten konzipierten neuen Ehe- und Familienrecht sind erst jetzt die erforderlichen rechtlichen Konsequenzen aus Art. 3, Abs. 2 GG, gezogen worden, die unter 20jähriger CDU/CSU-Ägide versäumt worden sind.

Politische Akzente für Frauen wurden auch in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts gesetzt, dem erstmals in der Bundesrepublik drei Ministerinnen angehören. Die Frauen "in diesem unserem Land" - um den Oppositionsführer, Herrn Dr. Kohl, zu zitieren - haben gewiß das politische Signal des Bundeskanzlers verstanden, als er eine Frau an die Spitze des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit berief, um die Verantwortung für ein bisher von Männern geführtes Haus zu übernehmen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion und ihre Parlamentarierinnen haben im Laufe der 6. und 7. Legislaturperiode manches in der Gesetzgebung zugunsten von Frauen durchsetzen können, was noch nicht überall fester Bestandteil im Rechtsalltag geworden ist. Auch darum werden wir uns in den kommenden Jahren verstärkt bemühen müssen.

Es ist ein langer Weg, bis die tatsächliche Gleichstellung von Frauen erreicht ist. Hierzu werden Sozialdemokraten weiterhin konstruktiv beitragen. Im Gegensatz zu den ständigen Beteuerungen der CDU werden die Interessen der Frauen keinesfalls "links liegen bleiben". Im Gegenteil. Sie werden "links" von den Sozialdemokraten wahrgenommen. (-/8.3.1977/bgy/10)

Volkstümlichkeit des Sports gefährdet

Geistig-moralische Gegenoffensive erforderlich

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Ein Dauerbrenner für Streitgespräche, und ein Ende ist noch nicht abzusehen: Die medizinische Beeinflussung des Hochleistungssports.

Die Frage von "medizinischen Hilfen" sowie Manipulation und zweifelhafte Methoden der Leistungssteigerung werden immer mehr zu einer Zerreißprobe in den Führungsgremien der Sportorganisationen der Bundesrepublik Deutschland. Aber auch die internationalen Auswirkungen - bis hin ins internationale Olympische Komitee - werden immer deutlicher.

Wenn sich Fernsehen, Rundfunk und Presse als Maßstab der öffentlichen Meinung heranziehen lassen, so befinden sich die Verfechter von medikamentösen Hilfen im Leistungssport deutlich in der Minderheit.

Warum, so fragt man sich bei immer mehr Leistungssportlern und sportinteressierten Bürgern, muß der aus vorrangig demonstrativen und längst überwundenen "Überlegenheitsthesen" gezeugte rigorose Drang nach Gold, Glanz und Gloria in den kommunistisch regierten Ländern - vor allem der DDR und der UdSSR - zum Maßstab von Moral, Ethik und Selbstbewußtsein des Sports in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung wie der Bundesrepublik Deutschland angelegt werden?

Eine Vielzahl unserer westlichen Nachbarländer scheint uns in dieser Hinsicht einiges voraus zu haben, weil logischerweise leistungssportliche Erfolge allein nichts über die humane oder soziale Qualität einer Gesellschaftsordnung aussagen. Dazu gehört auch der Mut zu neuen strategischen Überlegungen. Der DDR-Sportführung bringt es wenig ein, wenn beispielsweise ihre Schwerathleten oder Spitzenschwimmer die Zahl der Begegnungen mit der UdSSR jährlich verdoppeln, weil sich die westeuropäischen Länder fortan nur konventioneller Mittel im Leistungssport bedienen würden.

Auch das individuelle Interesse der Sportler aus der DDR oder der

UdSSR würde nicht begünstigt. Das Gegenteil ist eher denkbar.

Es ist sicherlich unbestritten, daß in der Bevölkerungsgunst Musik, Sport und Politik die vordersten Plätze einnehmen. Sieht man einmal von den klassischen Interpreten ab, so spielt beispielsweise der deutsche Schlager international nur eine unbedeutende Rolle. Ein deutscher Sieger bei einem internationalen Schlagerfestival ist eine Rarität.

Kein ernstzunehmender Zeitgenosse wird deshalb aber behaupten, die Musik sei in der Bundesrepublik Deutschland ein Stiefkind der Gesellschaft. Ähnlich verhält es sich auch mit der Rolle des absoluten Hochleistungssports.

Die SPD hat in ihrer traditionsreichen Sportpolitik nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie den Sport als einen wichtigen Teil in der individuellen Persönlichkeitsentfaltung des Menschen betrachtet. Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß der abstrakte Erfolg allein kein Maßstab für die öffentliche und geistig-politische Förderung des Leistungssports sein kann.

Weder zweifelhaftes Normen noch die Inanspruchnahme von Steuermitteln dürfen als Schutzbehauptung für fragwürdige und inhumane Hilfsmittel und Verhaltensweisen - bis hin zu Pressionen in Einzelfällen - dienen. Dazu Bundeskanzler Helmut Schmidt: "Wir bejahen den Leistungssport, aber wir wollen ihn nicht erzwingen. Es wäre eine verhängnisvolle Fehlentwicklung, wenn aus einem Sport mit Rekorden ein Sport aus Retorten würde".

Die große Gefahr in der gegenwärtigen nacholympischen Situation und Diskussion besteht ganz eindeutig nicht in der Möglichkeit, daß es "personelle Veränderungen" in einzelnen Führungsgremien des Leistungssports gibt. Alternative Konzepte und Geisteshaltungen müssen deshalb entwickelt werden, weil vor allem seit Montreal 1976 das zutiefst gefährdet ist, was den Sport auch in unserem Land so populär gemacht hat: Die Volkstümlichkeit.

(-/8.3.1977/kr/ja)

+ + +

Lo

Genkombination schafft rechtliche Probleme

Einheitliche Sicherheitsvorkehrungen gegen Manipulations-Gefahr notwendig

Von Erwin Stahl MdB

Obmann für Forschung und Technologie in der SPD-Bundestagsfraktion

Ein neueres Teilgebiet der Biologie, die genetische Manipulation, beginnt für die Menschheit größere Bedeutung zu erlangen. So groß der Nutzen sein kann, der von diesem Forschungszweig, beispielsweise durch Heilung von Erbkrankheiten oder Erzeugung neuer Pflanzensorten erwartet werden kann, so groß kann auch der Schaden werden, der sich aus der Hervorbringung extrem widerstandsfähiger Krankheitskeime und der Entwicklung schädlicher Mikroorganismen ergeben kann.

Seit einiger Zeit bemüht man sich in vielen biologischen Labors auf der ganzen Welt, durch Zellverschmelzung neuartige Bastarde hervorzubringen, wie sie durch natürliche Kreuzung nicht entstehen können. Diese Bastarde können dann vererblich die Eigenschaften beider "Elternteile" summiert besitzen. Die Bastardisierung erfolgt technisch durch Verschmelzung von Zellen verschiedener Arten von Lebewesen, indem die Zellwände abgebaut werden und die lebenden Zellinhalte zusammenfließen. So gibt es Zellkulturen von seltenen Kombinationen, etwa zwischen Huhn und Maus oder Feldhasen und Ratten, die in den biochemischen Labors gezüchtet werden.

Derartige Kulturen bleiben jedoch sich vermehrende Zellanhäufungen - lebende Tiere können sich aus ihnen nicht entwickeln. Anders bei Pflanzen, wo es z.B. in Deutschland gelungen ist, eine neue hybridisierte Tabakpflanze zu entwickeln. Derartige Hybride können in Zukunft große wirtschaftliche Bedeutung erlangen, da mit der Technik der Genmanipulation verbesserte Nutzpflanzen erzeugt werden können, die zur Lösung des Welthungerproblems beitragen. Dieses Gebiet steht am Anfang einer Entwicklung, dem man große Bedeutung beimessen kann.

Die Schattenseiten dieser Technik liegen natürlich auch auf der Hand: Ebenso wie erwünschte Eigenschaften, können beispielsweise in Bakterien oder anderen Mikroorganismen böartige Eigenschaften - auch unbeabsichtigt - hineinkonstruiert werden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat daher 1975, als das Problem vor allem in den USA großes Aufsehen erregte, eine "Kommission für Sicherheitsfragen bei der Neukombination von Genen" berufen, die Richtlinien für Sicherheitsmaßnahmen bei Genmanipulationen aufgestellt hat. Die dort aufgestellten Prinzipien müßten jetzt Gültigkeit über den Bereich der Deutschen Forschungsgemeinschaft hinaus erlangen. Es sollten rechtliche Handhaben geschaffen werden, die Sicherheitsvorkehrungen für die Genmanipulation treffen. Dabei ist es wichtig, daß versucht wird, auch auf europäischer Ebene einheitliche Maßstäbe zu erreichen und anzuwenden, damit keine Freizonen entstehen, in denen gefährliche Experimente zum Schaden der Nachbarn gemacht werden können. (-/8.3.1977/kr/ja)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: i.V. Gode Japs